



Departementsstrategie UVEK 2012

Die Schweiz 2030: dank leistungsfähigen Infrastrukturen ein zukunftsfähiges Land, ein starker Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität. An diesem Ziel orientiert sich die Strategie 2012 des Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK).

Im UVEK beträgt die Zeit zwischen Planung und Umsetzung in vielen Bereichen zwanzig und mehr Jahre. Es besteht ein Bedürfnis nach Koordination und einem langfristig wegweisenden Kompass, nach dem die Verwaltungseinheiten des UVEK ihr Handeln ausrichten können. Eine solche Strategie darf nicht abschliessend formuliert sein. Aber sie muss aufzeigen, dass die für die nächsten Jahre vorgesehenen Schritte aus heutiger Sicht sinnvoll sind, um die Schweiz den für 2030 gesetzten Zielen näher zu bringen.

Denn die Spannungsfelder im Dreieck Wirtschaft – Umwelt – Gesellschaft akzentuieren sich. Bis 2030 wird die Bevölkerung in der Schweiz gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) auf gegen 9,5 Millionen Menschen ansteigen. Entsprechend wird der Druck auf Infrastrukturen und die Ressourcen in den Bereichen Schiene, Strasse, Flugverkehr, Energie, Raum, Umwelt und Kommunikation steigen.

Ausgangspunkt der neuen UVEK-Strategie 2012 bilden die erwarteten Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaftswachstum, Bevölkerung, Verkehr und Mobilität, Energie- und Raumnutzung, Umwelt sowie Kommunikation in der Schweiz bis 2030. Weiter haben auch sozioökonomische und politische Veränderungen einen grossen Einfluss – die verstärkte Internationalisierung, die harte Konkurrenz um Standortvorteile, die Forderung nach effizienten Leistungen des Staates sowie steigende Sicherheits-erwartungen und sinkende Risikoakzeptanz der Bevölkerung. Viele dieser Entwicklungen haben, wenn man sie nicht bewusst von Seiten der Politik gestaltet, negative Auswirkungen oder führen zu hohen Kosten. In allen Bereichen verfolgt das UVEK eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der UNO-Konferenz vom Juni 2012 (Rio+20), um das langfristige Wohlergehen der Schweiz zu sichern.

Die UVEK-Strategie 2012 rückt drei Schlüsselherausforderungen in den Vordergrund und formuliert dafür Ziele und Massnahmen:

1. Verminderung des Energie- und Ressourcenverbrauchs.

Die Versorgungssicherheit mit Energie muss gewährleistet bleiben. Nach dem Verzicht auf Atomkraftwerke brauchen wir eine effizientere Energie- und Stromnutzung. Und der Zubau der Produktion aus erneuerbaren Quellen muss gefördert werden:

- Die regulativen Instrumente der Energie- und Umweltpolitik (Stromverbrauchs-, Produktvorschriften, planerische Ansätze etc.) müssen konsequent der Entwicklung von Wissenschaft, Forschung und Technologie angepasst werden. Nur dann können alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Sie müssen durch neue Instrumente mit dynamischen Anreizen ergänzt werden (z.B. Steueranreize, neue Gebühren- und Finanzierungsmodelle für Stromversorger mit Sparanreizen für die Stromkonsumenten, Energieetiketten, „Smart Metering“, Labels, Anreizsysteme für Rohstoffrückgewinnung und Recycling). Bestehende Förderinstrumente wie die kostendeckende Einspeisevergütung und die CO₂-Abgabe inklusive Teilzweckbindung müssen optimiert werden und mittelfristig zugunsten lenkender bzw. marktwirtschaftlicher Instrumente zurückgefahren.
- Neue technische Lösungsansätze („Cleantech“, „Smart Metering, Grids, Roads, Buildings“ etc.) müssen vorangetrieben und durch Investitionen in Forschung und Entwicklung gefördert werden.
- Gebühren- und Finanzierungsmodelle müssen wirtschafts- und haushaltsverträglich ausgebaut werden, damit erneuerbare Energiequellen ausgebaut, Energienetze umgebaut und die Energieeffizienz gesteigert wird.
- Die technisch-operationelle Sicherheit bei der Energieproduktion und die Sicherheit der Versorgung von Gesellschaft und Wirtschaft mit Energie müssen gewährleistet werden.



- Das Zusammenspiel von Energie-, Umweltpolitik und Raumplanung, aber auch von Bund, Kantonen und Gemeinden muss weiter verbessert werden, und Zielkonflikte müssen fair und rasch bewältigt werden, wenn insbesondere der Zubau an erneuerbaren Energien im erforderlichen Ausmass gelingen soll.

2. Abstimmung von Verkehrs- und Raumentwicklung.

Um Bodenverbrauch, Zersiedlung und Kostenentwicklung im Gleichgewicht zu halten, ist eine grundlegende Neuorientierung nötig:

- Bund und – soweit möglich – Agglomerationen und Kantone müssen Strassen-, Schienen- und Luftverkehr enger koordinieren. Diese Gesamtverkehrspolitik muss noch besser mit der Raumplanung verzahnt werden.
- „Intelligente“ Verkehrsinfrastrukturen (z.B. „Smart Roads“, Verkehrsmanagement-Massnahmen) sind weiterzuentwickeln. Es braucht Anreize zur Verhaltensänderung (z.B. verursachergerechte Gebühren- und Tarifmodelle, neue Tarifsysteme mit nachfragesteuerndem Anreizcharakter, Elimination von bestehenden Fehlanreizen wie z.B. steuerlichen Pendlerabzügen).
- Um das gesamte Verkehrssystem leistungsfähig zu halten, müssen die Investitionen strategisch getätigt werden. ohne raum- und umweltpolitische Ziele zu untergraben.
- Es braucht einfache und transparente Finanzflüsse. Lösungen (z.B. Mobility Pricing) müssen nicht nur als Finanzierungsquellen, sondern auch als Anreiz zur marktgerechten Nachfragesteuerung und zur Internalisierung von externen Kosten konzipiert werden.
- Planung und Koordination in der Raum- und Verkehrspolitik muss mit Agglomerationen und im europäischen Umfeld grenzüberschreitend sein.

3. Mitgestaltung der Informationsgesellschaft.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) prägen und beeinflussen Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik immer stärker:

- Eine hochbreitbandige, robuste, zuverlässige, Netzwerkinfrastruktur muss sich am Markt orientieren und nach den Gesetzen des Wettbewerbs ausgebaut werden. Dazu braucht es einen offenen und diskriminierungsfreien Zugang zu diesen Netzen.
- Zur Erschliessung und Nutzung technischer Potenziale wird IKT als intelligentes, „smarteres“ Steuerungselement eingesetzt. Rechtliche, organisatorische, technische und sicherheitsrelevante Hürden für die Einführung „smarter“ Anwendungen, insbesondere in den Bereichen Gebäude, Energie-, Verkehrs- und andere Infrastrukturnetze müssen abgebaut werden.
- Der Zugang zum Internet erfolgt auf einem freiheitlichen, nicht diskriminierenden und verantwortungsvollen internationalen Ansatz. Der Bund trägt zur Weiterentwicklung von Regeln in einem internationalen Umfeld bei. Eine optimale und möglichst risikoarme Nutzung des Internets für die Schweiz muss gewährleistet werden.
- Medienvielfalt und Service public als Grundlagen der Demokratie müssen in einer sich technologisch rasch verändernden Kommunikationsinfrastruktur gewahrt werden.

Die UVEK-Strategie 2012 ist Grundlage für alle Teilbereiche des Departementes und dient der Leitung als Führungsinstrument gegenüber den Verwaltungseinheiten. Die Ziele der UVEK-Strategie sind auf den Zeithorizont 2030 ausgerichtet. Im Sinne einer rollenden Planung sind die handlungsorientierten Massnahmen, die regelmässig aktualisiert werden, auf den Zeithorizont 2015 ausgerichtet und signalisieren den unmittelbaren Handlungsbedarf.